



Gesetzentwürfe der Linksfraction

Das Verhalten der CDU-SPD-Koalition am 19. September im Landtag bei der Beratung der beiden Gesetzentwürfe der LINKE-Fraktion zur Abschaffung des Status der politischen Beamten in Thüringen kann nur als skandalös bezeichnet werden, wurden diese doch nicht-einmal zur Weiterberatung in die Fachausschüsse überwiesen.

Wichtige Punkte der Regelungsvorschläge sind die Eingliederung der Staatssekretäre in die Landesregierung bei Beibehaltung der bisherigen Besoldung, die Umwandlung der Gleichstellungsbeauftragtenstellen (Frauen, behinderte Menschen, Migranten) in Funktionen mit Wahl durch den Landtag, Vergabe von Behördenleiterstellen auf Zeit sowie Vorschriften zur vollständigen Anrechnung von anderen Einkommen auf Amts- und Dienstbezüge.

Die beiden Gesetzentwürfe sind nach Ansicht der Linksfraction die notwendige und konsequente Antwort auf aktuell wieder deutlich gewordene Probleme rund um die Sonderkategorie der begründungslos kündbaren politischen (Lebenszeit-) Beamten. Es soll die Kategorie der politischen Landesbeamten aus dem Thüringer Beamtengesetz gestrichen werden. Für ehemalige Mitglieder der Landesregierung soll es auch keinen einstweiligen Ruhestand mehr geben, sondern nur noch ein Rückkehrrecht in den Thüringer Landesdienst, falls sie vor ihrem Regierungsdienst dort beschäftigt waren. Vor der Regelaltersgrenze soll es nur noch Übergangsgeld geben und alle Einkünfte sollen vollständig angerechnet werden. ■

Legal ist eben nicht zwingend auch legitim

„Offenbar scheint es für CDU- und SPD-Vertreter in der Thüringer Landesregierung und im Landesparlament ‚normal‘ zu sein, dass Amtsinhaber zu ihren gesetzlich festgelegten Gehältern noch beachtliche Zusatzeinkommen einstreichen“, stellte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraction im Thüringer Landtag, in einer Pressemitteilung am 28. September fest.

Laut Gesetz darf pauschaliert rund ein Monatseinkommen aus Aufsichtsratsvergütungen, die oft auch aus öffentlichen Kassen gespeist werden, behalten werden. Für die fünf betroffenen Regierungsmitglieder, die zugleich ein Abgeordnetenmandat im Thüringer Landtag haben, sind 1734,57 Euro monatliche Gehaltsaufbesserung scheinbar „normal“. Es geht dabei um die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), den Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Jürgen Reinholz (CDU), den Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Christian Carius (CDU), die Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Heike Taubert (SPD), und den Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie stellvertretenden Ministerpräsidenten, Christoph Matschie (SPD).

„Aller Haarspaltereie zum Trotz ist eben legal nicht zwingend legitim“, erneuerte der LINKEN-Fraktionschef seine Kritik. Auch wenn diese Art der Doppelbezüge mit dem Kunstgriff ‚Amtsbezüge versus Entschädigung‘

gerechtfertigt werden soll, so seien es doch Einkommen aus öffentlicher Kasse. „Bei jedem Hartz-IV-Bezieher wird aufgerechnet, aber bei Ministern nicht? Wie sollen das Bürger verstehen? Nachfragende werden mit der Behauptung abgespeist, dass die Abgeordneten-Vergütung kein Einkommen aus öffentlichem Dienst sei und deshalb die Minister sie behalten dürften. Der gesunde Menschenverstand würde reichen, um zu verstehen, dass das Ministeramt

ter kürzt, Gemeinden und Landkreise unter Zwangsverwaltung geraten und laut die Behauptung vom ‚Sparen und Gestalten‘ posant wird“, erklärte Bodo Ramelow und kündigte an, dass seine Fraktion im Landtag weiter Druck machen wird.

„Wir fordern, dass ganz klar geregelt wird, dass Mehrfachbezüge von Amtsinhabern aus öffentlichen Kassen endlich glaubhaft und wirksam unterbunden werden. Ich bin über das Abstimmverhalten von CDU und SPD im Landtag gespannt“, so der Fraktionsvorsitzende mit Verweis auf Anträge der LINKEN für die nächste Landtagssitzung, die planmäßig in der Zeit vom 16. bis 18. Oktober stattfinden wird.

Mit gleich lautenden Schreiben hatte sich Bodo Ramelow am 26. September sowohl an die Ministerpräsidentin als auch an die betroffenen Minister gewandt. Es sei zu klären, ob - wie es das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts festgelegt hat - die Bezüge aus dem Abgeordnetenmandat mit den Amtsbezügen des Ministerentgeltes verrechnet werden.

„Einerseits spart diese Regierung den Thüringer Landeshaushalt immer weiter zusammen, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben wird ständig reduziert. Da regiert das Prinzip Schmalhans als Küchenmeister. Andererseits wird beim Umgang mit öffentlichen Geldern zugunsten der eigenen Funktionselite das Prinzip Füllhorn angewendet. Das ist weder erklärbar noch hinnehmbar“, kommentiert Bodo Ramelow. ■



doch das Spitzenamt im öffentlichen Dienst ist und dessen Vergütung nur eine öffentliche Vergütung sein kann“, sagte Bodo Ramelow.

Wenn das der Thüringer Regierung aber nicht klar zu sein scheint, dann müsse der Landtag eingreifen, forderte der Oppositionsführer im Thüringer Parlament. Die Abgeordneten-Vergütung stamme aus demselben Haushalt, vom selben Steuerzahler, aus dem und von dem die Minister entlohnt werden. Wenn eine Gehaltserhöhung gewollt wäre, dann müsste das Ministergehalt im Gesetz neu geregelt werden. „Dieses Ansinnen müssten aber CDU und SPD den Bürgern selbst erklären, wenn man gleichzeitig den Haushalt immer wei-

Herumwursteln

„Das unehrliche Herumwursteln geht in die nächste Runde“, so kommentierte Bodo Ramelow die von der Ministerpräsidentin verkündeten Personalentscheidungen. Vor der Bundestagswahl war angeblich alles schön. Kurz danach ist eine Ministerin ihren Job los und zwei CDU-Mitglieder werden am Ende ihrer Karriere in den Recyclinghof Staatskanzlei geholt. „Der Zeitpunkt ist unehrlich und die Personalauswahl riecht nach Versorgungsposen.“ So ist Hildigund Neubert ein klarer Versorgungsfall, da sie ihre zwei Wahlperioden als Stasi-Beauftragte hinter sich hatte. „Wie sie es allerdings schaffen will, mit allen Fraktionen des Landtags vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, erwarten wir mit Spannung.“ ■

Benachteiligungen beenden

Mit einem Antrag „Benachteiligten ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden“ hatte die Fraktion DIE LINKE in der Septembersitzung des Landtags erneut die verschiedenen Rentenlücken thematisiert. Neben der allgemeinen Rentenungleichheit, befasste er sich auch mit der Position der in der DDR geschiedenen Frauen und der Benachteiligung bestimmter Berufsgruppen. Dabei zog DIE LINKE bewusst eine doppelte Replik: Erstens auf den gebrochenen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP, in dem die Rentenangleichung bis 2013 versprochen wurde, zweitens auf die Ankündigung der Thüringer Ministerpräsidentin, sich nach der Bundestagswahl besonders um diese Fragen ver-

dient machen zu wollen. Zudem stand die von der Linksfraction beantragte Aktuelle Stunde unter der Überschrift „Zwangsverrentungen stoppen“. Bis zur Jahresmitte 2013 sind in Thüringen bereits mehr Menschen in Zwangsverrentung gedrängt worden als im gesamten Vorjahr. Das Jobcenter kann bei Erwerbslosen, die das 63. Lebensjahr vollenden, auch gegen ihren Willen Antrag auf Leistungen der Rentenversicherung stellen. Daher wird von „Zwangsverrentung“ gesprochen, auch weil diese Anträge oft zu extrem hohen, lebenslangen Abschlägen bei der Altersrente führen. Für viele wird



die Zwangsverrentung zum Verschiebepunkt. Nachdem sie bisher Hartz IV erhielten, können sie aufgrund der hohen Abschläge direkt Grundsicherung im Alter beantragen und zum Amt gehen. Damit wird die Lebensleistung der Betroffenen entwertet, ihre soziale Situation weiter und langfristig verschlechtert. ■

Die Fragwürdigkeit des geheimdienstlichen Handelns



Martina Renner in den Bundestag

„Thüringer NSU-Ausschuss verliert profiliertes Mitglied - die Linke-Abgeordnete Martina Renner wechselt in den Bundestag nach Berlin“, überschrieb die „Thüringer Allgemeine“ ihren Beitrag am 27. September. Fraktionsübergreifend wird der Abgeordneten, die auch stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von „Rechtsterror und Behördenhandeln“ ist, ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Sie habe „wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Arbeit des Ausschusses“, sagte der Grüne Abgeordnete Dirk Adams. Auch der CDU-Vertreter, Jörg Kellner, räumte Anerkennung ein, und die SPD-Politikerin Dorothea Marx bedauerte das Ausscheiden. Sie habe die Ausschussarbeit maßgeblich mitbestimmt, wird Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow - im Foto zusammen mit Martina Renner kürzlich beim Bürgerfest im Landtag - zitiert. „Jedoch werden Katharina König und Dieter Hausold die Lücke nahtlos schließen.“ Bodo Ramelow verweist aber auch darauf, dass Martina Renner seine Stellvertreterin ist und sie ein gutes Team waren. ■

Der NSU-Untersuchungsausschuss (Rechtsterror und Behördenhandeln) des Thüringer Landtags hat im September insgesamt vier Zeugen gehört.

Zwar war die ursprüngliche Zeugenliste deutlich länger, doch meldete sich ein Zeuge krank, ein weiterer war zeitgleich zum Untersuchungsausschuss nach Sachsen geladen und zwei Polizisten aus Bayern, die eigentlich zu angeblichen Informationen zum NSU bereits im Jahr 2007 vernommen werden sollten, wurden ausgelassen, weil gegen einen von beiden wegen eben diesen Behauptungen ein Ermittlungsverfahren der bayerischen Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde.

So standen am 5. September lediglich der langjährige Verfassungsschützer W. und der ehemalige Kriminalbeamte K. dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zum Hergang der Fahndungsmaßnahmen nach den drei damals noch als Bombenbastler gesuchten Jenaer Neonazis.

K. hatte im Jahr 2002 nach seiner Versetzung in die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes (LKA) die gesamte Akte auf den Tisch erhalten, um, wie er darlegte, neue Ermittlungsansätze zu finden, beziehungsweise zu prüfen, inwieweit alte Ermittlungsstränge nicht konsequent zu Ende gebracht wurden.

Dabei scheint er nicht unbedingt auf viel Interesse in der eigenen Behörde oder bei der Staatsanwaltschaft in Gera gestoßen zu sein. Zumindest wurde nie mit ihm Rückspra-

che zu seinen Berichten gehalten. Ein ungewöhnliches Verhalten, wie er selbst bestätigte. Es drängt sich der Verdacht auf, hier war bei den Ermittlungsbehörden kaum noch der Wille vorhanden, weitere umfassende Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen zu starten. Vielmehr scheint man eher darauf gewartet zu haben, die Akte mit Eintritt der Verjährung schließen zu können. Dem wird in weiteren Vernehmungen von Polizeibeamten und Staatsanwälten nachgegangen werden müssen.

Zu Merkwürdigkeiten und offenkundigen Brüchen in den Ermittlungsakten konnte auch K. nicht zur Aufklärung beitragen. Mit den Asserva-



ten beispielsweise hat er sich nach eigenem Bekunden gar nicht beschäftigt.

Der Zeuge W. spielte offenbar eine herausragende Rolle bei den Maßnahmen des Verfassungsschutzes, die dieser im Rahmen der Suche nach Bönhardt, Mundlos und Zschäpe einleitete. Als V-Mannführer führte er zeitweilig alle Quellen, von denen man sich Informationen zu den Untergetauchten erwartete. Neben den Bekannten Brandt und Degner waren dies noch die Gewährspersonen Tristan und Alex, sowie Jule, die damalige Freundin des jetzt in München angeklagten Ralf Wohlleben. Insbesondere in Bezug auf Letztere

zeigte sich wieder einmal die Fragwürdigkeit des geheimdienstlichen Handelns. Zum einen hätte eine weibliche Quelle auch von einer Frau geführt werden müssen, oder zumindest in Doppelführung, zum anderen wurde deutlich, dass „Jule“, die sich selbst als nicht rechts politisch aktiv bezeichnete, von W. gedrängt wurde, politische Aktivitäten in der rechten Szene zu entfalten, um darüber berichten zu können.

Wieso er als V-Mannführer so zentral in die Operation eingebunden war, ist immer noch unklar. Es scheint jedoch eine Gruppenbildung im Amt gegeben zu haben, deren eine aus ihm, seinem Referatsleiter Sch. und dem Vizepräsidenten Nocken bestand und offenbar die Fäden der Operation zum Teil auch gegen Kollegen im Verfassungsschutz, wie dem Auswerter E. in der Hand hielt.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch Widersprüche zwischen seinen öffentlichen Aussagen, er habe nie mit Telefonüberwachungsmaßnahmen in Bezug zum Trio zu tun gehabt, und den Ergebnissen der geheimen Befragung. Am 9. September wurden diese Fragen auch mit dem ehemaligen Vizepräsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz (TLFV), Peter Nocken, erörtert, der sich ahnungslos gab. Nocken blieb auch bei der vor dem Untersuchungsausschuss des Bundes geäußerten Behauptung, das Landesamt habe aufgrund einer Parallelzuständigkeit eigenständig nach den Dreien gesucht. Auf die Frage, warum dann nicht auch nach dem sogenannten Satansmörder Möbus oder anderen gewalttätigen Neonazis so intensiv gesucht wurde, erklärte er, die Zugänge seien wegen Brandt so gut gewesen.

(Fortsetzung übernächste Seite)

FRAKTION IN AKTION

Hochschulen

Nachdem jetzt bekannt wurde, dass an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mindestens 125 Vollzeitstellen gestrichen werden sollen, sagte MdL Susanne Hennig: „Erneut erweist sich, dass die Thüringer Hochschulen trotz bestehender Verträge an die Substanz gehen müssen. Das ist angesichts der gleichbleibenden Nachfrage nach Studienplätzen eine fatale Entwicklung.“ Die Finanzausstattung unterminiere die Handlungsfähigkeit der Hochschulen, gehe zudem auch mit einer massiven Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen einher. Die Absicherung der Lehre erfolge vor allem durch studentische Hilfskräfte. Hinzu kämen auch schlichtweg logistische Kapazitätsgrenzen wie bei Seminar- und Laborräumen oder der Ausstattung mit Geräten. ■

Integration

Während der Bundesrat am 20. September beschlossen hatte, sich auch künftig für die Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einzusetzen, lehnte der Landtag in Thüringen jetzt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab, in dem diese gefordert hatten, dass die Landesregierung sich für die Fortführung des Programms zur Unterstützung insbesondere asylsuchender Jugendlicher und junger Erwachsener bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stark machen sollte. „Das ist ein Armutszeugnis für die Thüringer Politik“, sagte MdL Sabine Berninger, und kritisierte, dass damit das erfolgreich arbeitende Beratungsnetzwerk am Jahresende vor dem Aus steht. ■

Fraktionsraum heißt Käte-Duncker-Saal

Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung „Ehrung für Käte Duncker“ findet am Dienstag, den 15. Oktober, in der Zeit von 16 bis 18 Uhr, die Benennung des Sitzungssaals der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag statt. Dann heißt der Raum 201 im Fraktionsgebäude Käte-Duncker-Saal. Nach der Begrüßung der Gäste-Interessierte sind herzlich eingeladen - durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow wird Dr. Birgit Klauert, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags (DIE LINKE), einen historischen Rückblick geben. Anschließend gibt es eine szenische Lesung aus Briefen von Käte und Hermann Duncker.

Käte Duncker - Sozialistin, Pädagogin, Publizistin - wurde 1920 in den Thüringer Landtag gewählt und war eine der ersten Frauen im Thüringer



Parlament. Sie stritt sowohl für die berufliche und politische Besserstellung von Frauen als auch für den sozialen und kulturellen Fortschritt. Käte Duncker unterstützte zusammen mit Clara Zetkin 1910 auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen den Beschluss zum Internationalen Frauentag. Sie schrieb in der sozialistischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“ und trat bei zahlreichen Frauenkonferenzen als Rednerin auf. Trotz Repressionen ließ sie sich nicht von ihren politischen Vorstellungen und Überzeugungen abbringen. ■

Für eine soziale Energiewende

Thüringen gilt bei der LINKEN als Vorreiter für das Projekt

Wir befinden uns in einer Scheideweg-Situation: Es wächst die Gefahr, dass der Osten zum Verlierer auch der Energiewende wird, und die Gerechtigkeitsfrage ist sozusagen zu einer Voraussetzung für die Energiewende geworden, so lauteten zentrale Thesen auf der kürzlich in Erfurt stattgefundenen Tagung mit den LINKE-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi (Bundestag), Wulf Gallert (Sachsen-Anhalt), Willi van Ooyen (Hessen) und Bodo Ramelow (Thüringen).

Bei den Diskussionen unter der Überschrift „Energiewende und sozial-ökologischer Umbau - Einstiege in eine sozial gerechtere Gesellschaft“ wurde übrigens auch deutlich, dass „Thüringen als Vorreiter für ein linkes Projekt Energiewende“ wirkt, bei dem es darum geht, den Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamen und effizienten Umgang mit Energie weiter zu beschleunigen.

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn die soziale Frage als integraler Teil des ökologischen Umbaus der Energieversorgung begriffen wird.

Stromaufsicht, Abwrackprämie - Stromsperrn beenden

Wer die Energiewende vorantreiben will, „muss sie sozial gestalten – oder wird an ihr scheitern“, betont die LINKE und hat ein sieben Punkte umfassendes Bundesprogramm „Wie die Energiewende sozial wird“ vorgelegt:

1. Stromaufsicht einführen: DIE LINKE fordert eine effektive, staatliche Aufsicht über das Endkundengeschäft. So soll verhindert werden, dass die Stromanbieter bei Verbraucherinnen und Verbrauchern Sonderprofi te abkassieren. Dieser Aufsicht ist ein Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zur Seite zu stellen.

2. Industrie-Rabatte einschränken: DIE LINKE will auch die Industrie angemessen an den Kosten der Energiewende beteiligen. Dazu sollen un-

berechtigte Privilegien der Industrie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bei der Ökosteuer, bei Netzentgelten und beim Emissionshandel gestrichen werden.

3. Stromsteuer senken: DIE LINKE plädiert dafür, die Stromsteuer für private Haushalte von gegenwärtig 2,05 Cent je Kilowattstunde (kWh)

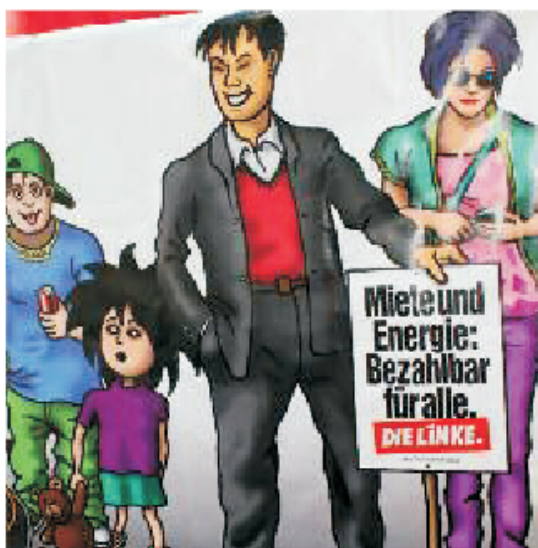
auf 0,5 Cent je kWh zu senken. So soll die Strompreise rhöhung, die sich aus dem Anstieg der EEG-Umlage ergibt, kompensiert werden.

4. Sockeltarif einführen: Jeder Haushalt erhält kostenlos ein Grundkontingent an Strom, das sich nach der Größe des Haushalts richtet. Der Stromverbrauch, der über diesen Sockelbetrag hinausgeht, wird teurer. So soll eine

Grundversorgung mit Strom sichergestellt und die Verschwendung von Energie eingedämmt werden.

5. Stromsperrn beenden: Stromsperrn für Privathaushalte wegen Zahlungsunfähigkeit werden gesetzlich verboten. Mehr als 300.000 Abklemmungen pro Jahr in Deutschland sind ein Skandal. Die Versorgung mit Strom ist eine Voraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

6. Abwrackprämie einführen: Privathaushalte erhalten einen Zuschuss von 200 Euro für den Kauf eines Kühlschranks, einer Wasch- oder Spülmaschine mit der höchsten Energieeffizienzklasse. Alte Elektrogeräte erhöhen die Stromrechnung und belasten das Klima. Die Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte



darf nicht von der sozialen Lage abhängig sein.

7. Energetische Gebäudesanierung sozial gestalten.

Für die energetische Gebäudesanierung werden zusätzlich 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Mit diesem Geld sollen die ökologische Sanierung von Gebäuden unterstützt und Mieterinnen und Mieter vor steigenden Kosten bewahrt werden. Die zusätzliche Förderung muss die Mieterinnen und Mieter erreichen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Konsequente Preise:

Als „konsequent“ bezeichnete MdL Sabine Berninger die diesjährige Preisverleihung für „Herausragendes Engagement“ sowie für „Die größtmögliche Gemeinheit“ durch den Flüchtlingsrat Thüringen. „Mit der Gutscheinentauschinitiative Apolda werden Menschen geehrt, die sich der diskriminierenden Behandlung von Flüchtlingen im Landkreis Weimarer Land widersetzen und konkret zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen beitragen. Der Negativ-Preisträger, der Landrat des Kreises Weimarer Land, Münchberg, sollte den Preis und die Kritik an seiner Weigerung, endlich das diskriminierende Gutscheinsystem für Flüchtlinge abzuschaffen, zum Anlass nehmen, seine Entscheidung zu korrigieren und zu einer humanitäreren Aufnahme von Flüchtlingen beitragen.“

Handfester Skandal:

Als „einen unglaublichen Vorgang“ hat es die LINKE bezeichnet, dass aufgrund gravierender Rechtsverstöße der Hauptserver im Bildungszentrum der Thüringer Polizei abgeschaltet wurde. Nachdem die Fraktion bereits im Juni die Überwachung von eMail-Postfächern innerhalb des Bildungszentrums kritisiert hatte, versicherte die Landesregierung, es finde keine Überwachung statt. Wenn nun aber festgestellt wird, dass ein Beamter Daten über Studenten und Mitarbeiter gesammelt hat und dies sogar möglicherweise im Auftrag eines Vorgesetzten erfolgte, ist das „ein handfester Skandal“.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/ ■

NACHRICHTEN

Kaliabwässer

Bei der jüngsten Sitzung des Runden Tisches „Werraversalzung“ wurden Konzepte zur stofflichen Verwertung der Kaliabwässer vorgestellt. „Die zur Praxisüberführung notwendigen Untersuchungen sollten schnellstens in Auftrag gegeben werden. Dann ließe sich vielleicht schon in fünf Jahren eine Kaliproduktion ohne Einleitung und Versenkung erreichen“, so MdL Tilo Kummer. Damit kann verhindert werden, weiter Wertstoffe in die Werra zu entsorgen oder eine extrem teure Pipeline zu bauen, die über 1000 Jahre zu betreiben wäre. Der LINKE Abgeordnete wird das Thema im Umweltausschuss des Landtags behandeln, um Unterstützungsmöglichkeiten für notwendige Untersuchungen auszuloten und eine Positionierung der Landesregierung zur Finanzierung der Kalibergbau-Nachsorge zu fordern. ■



Großes Interesse an den vielfältigen Informations- und Mitmachangeboten der Linksfraktion hatte es beim Bürgerfest im Landtag gegeben. Rund um die Thüringer Verfassung, deren 20jähriges gefeiert wurde, rankte das Politik- und Unterhaltungsprogramm, zu dem die LINKE rote Akzente setzte. ■

Beförderungstau

Die Beförderung von 229 Beamtinnen und Beamten der Thüringer Polizei ist ein begrüßenswerter Schritt, der „aber nicht verdecken kann, was bei der Personalpolitik des Landes in den vergangenen Jahren schief gelaufen ist und nicht korrigiert wurde“, sagte die LINKE Abgeordnete Martina Renner.

„Wenn allein in der Thüringer Polizei mehr als 35 Prozent der Polizeibeamten des mittleren Dienstes sich seit mehr als zehn Jahren noch im Eingangsstadium befinden, zeigt dies, dass die Beförderung keinesfalls eine Einmalveranstaltung bleiben kann, um den bestehenden Beförderungstau aufzulösen. Noch immer fehlt eine Garantie einer jährlichen Beförderungsquote von mindestens zehn Prozent, wie sie DIE LINKE im Landtag gefordert hatte“, so die bisherige innenpolitische Sprecherin. ■

TERMINE

Landtagsitzungen:

In diesem Jahr tritt der Thüringer Landtag planmäßig noch drei Mal zu Plenarsitzungen zusammen: Vom 16. bis 18. Oktober, vom 20. bis 22. November und vom 18. bis 20. Dezember.

Tagung zur Ernährungswirtschaft in Thüringen:

Zu einer Tagung zur Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft in Thüringen lädt die Landtagsfraktion der LINKEN für Samstag, den 2. November, 10 bis 16 Uhr, in die Stadtwirke Erfurt, Raum B 01, Magdeburger Allee 34, ein.

Aktuelle Informationen am laufenden Band unter: www.die-linke-thl.de

„Thüringer Chaostage“

„Zurück in die Zukunft“, so lautet der Titel einer erfolgreichen Science Fiction-Reihe. Die Regierungsumbildung, die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) vorgenommen hat, folgt offenbar einem ähnlichen Motto. Die Erfolgsaussichten sind indes höchst unsicher.

Während sich die CDU siegestrunken im Erfolg bei der Bundestagswahl sonnt, kracht es im Freistaat in den Kulissen. Lieberknecht hat Staatskanzleiministerin Marion Walsmann entlassen. In den Medien ist von „Illoyalität“ die Rede, was Walsmann zurückweist. Als „Thüringer Chaostage“ bezeichnet der Sender N-TV das Geschehen – nicht schmeichelhaft für die CDU.

Die konkreten Personalien tun ein Übriges. Die CDU-Landtagsfraktion wurde nicht bedacht – deutliches Zeichen für die Konflikte, die zwischen den Abgeordneten und der Regierungschefin bestehen. Und was immer Lieberknecht vorschwebt, die jüngst berufenen Funktionäre wirken wie das letzte Aufgebot der CDU. Erneuerung sieht anders aus.

Jürgen Gnauck, neuer Staatskanzleiminister und von Lieberknecht als „Macher“ angepriesen, ist sichtbar ein Mann von gestern. Er war bereits im selben Amt tätig – unter Lieberknechts Vor-Vorgänger Berhard Vogel. Schon seit 2003 hat Gnauck nichts mehr mit der engeren Landespolitik zu tun.

Geradezu desaströs wirkt die zweite Personalentscheidung. Hildigund Neubert wird Staatssekretärin für Europafragen. Ihre letzte Amtszeit als Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen endet bald, die jetzige Berufung riecht nach einem klassischen Versorgungsposten.

Von Fehltritt zu Fehltritt

Gemessen an Gnauck ist Neubert sogar vorgestrig. Die „Ex-Bürgerrechtlerin“ hat zu aktuellen Geheimdienstskandalen wie dem Versagen angesichts der Morde der Neonazi-Terrorgruppe NSU oder der Überwachung des Internets durch die NSA geschwiegen. Sagenhaftes Thüringen: hier kann man mit einem Gesangsstudium Staatssekretärin für Europafragen werden! Sie wolle „Be-

geisterung verbreiten“, hat Neubert angekündigt. Bisher tat sie jahrelang das Gegenteil, mit einem Agieren, das die Grenze des quasi Polit-Autistischen nicht selten überschritt.

Verantwortlich ist Lieberknecht, die derzeit von Fehltritt zu Fehltritt stolpert. Sie gerät zunehmend auch in der CDU, deren Landesvorsitzende sie noch ist, unter Druck.

Walsmann bleibt Abgeordnete, sie wurde zudem für die Wahl 2014 als Direktkandidatin in Erfurt aufgestellt. Lieberknecht muss den einen oder anderen Befreiungsschlag versuchen und bringt eigene Parteigänger in Stellung: der Junge Union-Landesvorsitzende Stefan Gruhner, im Hauptberuf persönlicher Mitarbeiter von Lieberknecht in der Staatskanzlei, wurde als Direktkandidat im Saale-Orla-Kreis installiert, gegen den bisherigen Abgeordneten Siegfried Wetzel. Dass die tief zerstrittene CDU ihre ehrgeizigen Ziele bei der nächsten Landtagswahl nur annähernd erreichen kann, darf bezweifelt werden. Ob die Spitzenkandidatin dann Lieberknecht heißt, muss sich ohnehin zeigen.

Stefan Wogawa

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Juniorpartner SPD

Es ist eine unendliche Geschichte. Vor der Wahl blinkt die SPD links, um danach scharf rechts abzubiegen, in eine Koalition mit der CDU. Zur Form der Inszenierung gehört, dass sich ein kleiner „linker Flügel“ der SPD ergebnislos gegen eine solche Koalition wendet. Regelmäßig machen auch Stimmen die Runde, die SPD müsse nun unbedingt „ihr Verhältnis zur Linkspartei klären“ – jedenfalls bis zur jeweils nächsten Wahl. Diesmal stehen solche Verlautbarungen am Ende eines Wahlkampfes der SPD, der schon völlig lächerlich begann: sie stellte einen „Kanzlerkandidaten“ auf, den sie nur mit Hilfe der Grünen ins Amt bringen wollte, gegen jede Wahlumfrage und den gesunden Menschenverstand. Geklappt hat das – auch daran soll erinnert sein – von 1998 und 2002. In der Konsequenz beteiligte sich die Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien und die „Hartz-Gesetze“ wurden beschlossen.

Dabei könnte die SPD zumindest rein rechnerisch wieder eine Bundesregierung anführen und dann ihr Wahlprogramm umsetzen – mit Linken und Grünen. Doch das hat sie vorher ausgeschlossen. Nun ist ein SPD-Wahlprogramm zwar meist von vornherein Makulatur, da die Partei nicht selten das Gegenteil von dem macht, was sie vorher versprochen hat. Das aktuelle Programm ist aber offensichtlich Makulatur, wenn die SPD unter Merksels Decke schlüpfte. Das scheint der Führung nicht viel zu bedeuten; es werden aktuell die wohl für die Sozialdemokratie wichtigeren Fragen erörtert, wie viele und welche Ministerien sie bekommt. Die SPD gibt die Möglichkeit einer Gestaltungskompetenz auf Bundesebene damit aus der Hand. Ihre Praxis ist die der politischen Selbstkastration. Sie hat sich als Juniorpartner eingerichtet, als politischer Leichtmatrose. Darüber darf man lachen, obwohl es traurig ist.

Fragwürdiger Geheimdienst (Fortsetzung)

(Forts. v. Seite 2) Merkwürdig nur, dass sonst immer kolportiert wurde, man sei mit Brandt nicht nahe genug an die Jenaer Unterstützerszene herangekommen. Noch merkwürdiger der Aufwand, der trotz der guten Quelle Brandt betrieben wurde. Er reichte von Telekommunikationsüberwachung und Observationen bis hin zum Einsatz einer Observationsgruppe des Bundesamtes inklusive Überwachungsflugzeug. Ein Vorgang, der so einmalig in Thüringen sein dürfte, und den Verdacht nährt, dass seitens des Verfassungsschutzes doch ein besonderes Interesse an den Dreien bestand, das sich nicht aus dem Bombenfund allein speiste.

Auch ein weiterer Punkt gibt diesbezüglich zu denken. So führte Nocken aus, der Verfassungsschutz habe damals über die Eltern das Trio zur Aufgabe bewegen wollen und dafür sogar das Honorar eines eingeschalteten Anwalts übernommen. Der damalige Leitende Oberstaatsanwalt in Gera, Arndt Koeppen, habe dazu ein Angebot gemacht, welches aber abgelehnt wurde.

Diese Geschichte bestätigte der ebenfalls gehörte Koeppen insoweit nicht, als er behauptete, jegliche Verhandlungen gegenüber dem Anwalt abgelehnt zu haben. Koeppen, der fast über die gesamten Neunziger Jahre in Gera Verantwortung getragen hatte und später als Staatssekretär im Thüringer Justizministerium wirkte, konnte seinerseits nur wenig zur Aufklärung beitragen.

Allerdings bestätigte er die Aussage des Geraer Staatsanwaltes Gerd Michael Schultz, dass sich die Staatsanwaltschaft schon früh, aufgrund des Verdachts, die Flüchtigen erhielten staatlicherseits Hilfe, an den Thüringer Verfassungsschutz gewandt hatte. Den entsprechenden Fragen-

katalog habe wohl der damalige Präsident Helmut Roewer kurz und negativ beantwortet.

Auch kann als gesichert gelten, dass er in seiner Zeit als Justizstaatssekretär ein Gespräch mit seinem Kollegen, dem damaligen Innenstaatssekretär Manfred Scherer, bezüglich der Aktivitäten des Verfassungsschutzes bei der Suche nach dem Trio hatte. Inhalte und Ergebnisse konnte er jedoch nicht erinnern.

So bleiben weiterhin viele Fragen offen. Antworten auf einige könnte vielleicht bereits in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 7. Oktober Herr Roewer geben. Ob und wann weitere Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, aber auch Herr Scherer, gehört werden, ist derzeit noch nicht entschieden.

Steffen Trostorff

Journalisten-Bespitzelung auch in Thüringen?

Die Bespitzelung von Journalisten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz ist für die Linksfraktion im Thüringer Landtag Anlass, sich mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung zu wenden. Die rechtswidrige Erfassung von Informationen und Daten von Journalisten wurde durch eine von der Präsidentin veranlasste Prüfung offenbart. Weder parlamentarische Kontrolle noch individuelle Auskunftsersuchen haben dazu geführt, dass dieses rechtswidrige Handeln aufgedeckt wurde. Die Betroffenen wurden sogar noch belogen. Dabei sind Journalisten durch die Verfassung besonders geschützt. „Der Vorgang in Niedersachsen dokumentiert doch zweierlei: Erstens, für den Inlandsgeheimdienst ‚Verfassungsschutz‘ sind selbst Verfassungsschranken nichtig, und zweitens, Aussagen über dessen Umtriebigkeit in Vergangenheit und Gegenwart sind alles andere als glaubwürdig. Durch die Vernichtung der Akten ist das ganze Ausmaß der Speicherung auch nicht mehr vollständig aufzuklären“, sagte Martina Renner.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 036 1 - 377 2325; Fax: 036 1 - 377 24 16
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.